

Wer entscheidet in Utrechtse Heuvelrug?

Frits Naafs, Bürgermeister von Utrechtse Heuvelrug

Guten Tag, meine Damen und Herren,

als unsere Gemeinde Anfang des Jahres um einen Beitrag auf Ihrem Kongress gebeten wurde, waren wir stolz und erstaunt. Wir fanden es sehr außergewöhnlich, dass die Vorgehensweise unserer Stadtverwaltung Menschen so weit weg ansprechen und inspirieren kann.

Wir haben die Organisatoren aber auch sofort gewarnt. Es wird kein Bericht darüber, wie wir in der Gemeinde Utrechtse Heuvelrug allesamt die Soziokratie freudig begrüßt hätten und dass seitdem im Stadtrat große Einträchtigkeit herrschen würde.

Ich werde Ihnen erzählen, wie wir eine turbulente Zeit unserer Gemeindepolitik abgeschlossen haben. Danach haben wir uns von Ideen zum Verbessern der Beschlussfassung inspirieren lassen. Mehr schlecht als recht haben wir daran herumgebastelt, wie unsere Demokratie besser funktionieren könnte.

Ich möchte Ihnen aber vorher kurz meine eigene Rolle in der ganzen Geschichte erläutern. Seit zweitausendsechs (2006) bin ich Bürgermeister der Gemeinde Utrechtse Heuvelrug. In den Niederlanden ist das Bürgermeisteramt kein politisches Amt. Ich wurde nicht von den Einwohnern gewählt. Das Stadtparlament hat mich vorgeschlagen und ich wurde vom König bestellt. Und zwar jeweils für einen Zeitraum von sechs Jahren.

Alle vier Jahre wird ein neues Stadtparlament gewählt, das dann die Beigeordneten bestellt – der Bürgermeister aber bleibt. Der Bürgermeister ist allerdings Mitglied des Stadtrats und außerdem Vorsitzender des Stadtparlaments.

Ich bin Mitglied einer politischen Partei und war früher selbst auch Parlamentsmitglied und Beigeordneter in einer anderen Gemeinde – aber als Bürgermeister bin ich kein Partei-Mann, ich stehe über oder zwischen den Parteien.

In die Schritte, die wir in den letzten Jahren unternommen haben, war ich sehr stark eingebunden. Wir haben das getan, was uns für die fast fünfzigtausend (50.000) Einwohner unserer Gemeinde einschließlich der Organisationen und Unternehmen vernünftig erschien: das Stadtparlament als Volksvertretung. Das sind in unserer Gemeinde neunundzwanzig (29) gewählte Einwohner. Sie machen diese Arbeit in ihrer Freizeit und wenden dafür durchschnittlich sechzehn (16) Stunden pro Woche auf;

der Stadtrat, der Magistrat und der Beamtenapparat – in unserer Gemeinde knapp dreihundert (300) Menschen.

Wir zogen dabei großen Vorteil aus der Vorgehensweise und den Instrumenten, welche uns die Soziokratie dazu bietet. Ich möchte Ihnen aber auch etwas über die Beschränkungen erzählen, die wir bei der Anwendung in der öffentlichen Verwaltung erlebt haben.

Zunächst schildere ich Ihnen die Ausgangssituation:

Unsere Gemeinde entstand zweitausendsechs (2006) aus der Zusammenlegung von fünf anderen Gemeinden – insgesamt sieben Dörfern. Utrechtse Heuvelrug liegt in der Mitte der Niederlande. In einem der Nationalparks. Der größte Teil unserer Fläche besteht aus Wäldern. In diesen Wäldern stehen auch viele Landgüter und Landsitze; die erfolgreichen Geschäftsleute aus dem Westen des Landes hatten im neunzehnten Jahrhundert in unserem Gebiet ein zweites Haus.

Darüber hinaus haben wir in unserer Gemeinde auch eine Reihe von Schlössern. In einem dieser Schlösser – Haus Doorn, ganz in der Nähe unseres Rathauses – wohnte Kaiser Wilhelm der Zweite nach seiner Flucht aus Deutschland bis zu seinem Tode neunzehnhundert-einundvierzig (1941).

Schauen Sie sich die Fotos nur gut an. Ich würde mich freuen, wenn Ihnen von meinem Vortrag immerhin der Gedanke im Gedächtnis bleibt: „Das sollten wir uns doch mal anschauen!“

In den ersten beiden Jahren nach der Zusammenlegung war die politische Kultur in unserem Stadtparlament turbulent. Nach den Wahlen zweitausendsechs (2006) und zweitausendzehn (2010) schlossen mehrere Parteien im Parlament Koalitionsvereinbarungen. Die Fraktionen dieser Koalition versuchten, sich über die meisten Angelegenheiten zu einigen, noch bevor es überhaupt zu einer Diskussion im Parlament kam.

Zusätzlich zum Druck, die Koalition instandzuhalten, suchten auch die Oppositionsparteien nach Übereinstimmungen und versuchten, als Einheit aufzutreten. Dadurch wurde zu sehr in zwei Lagern gedacht: das Lager der Koalitionsparteien gegen das Lager der Parteien, die keine Beigeordneten gestellt hatten.

Die Folge war, dass die Gespräche im Parlament nicht immer gut verliefen. Außerdem verloren wir bei aller Verwaltung der Gemeinde auch den Kontakt mit den Einwohnern aus dem Auge. Viele Einwohner hatten das Gefühl, dass ihre Meinung in einer solchen politischen Diskussion nicht vertreten werde. Und das bekamen wir auch zu hören.

Im Januar zweitausendzwoölf (2012) organisierte das Stadtparlament einen Abend, an dem die Einwohner sagen konnten, was sie störte und was wir tun könnten, um das zu verbessern.

Am Ende dieses Abends habe ich die Menschen aufgefordert, eine Arbeitsgruppe zu bilden und dem Stadtparlament und dem Stadtrat zu diesem Thema eine Empfehlung auszusprechen. Diese Arbeitsgruppe wurde gebildet. Ihr gehörten letztendlich sechs Personen an.

Nun komme ich zu unseren sogenannten Brückenbauern:

Anfang zweitausenddreizehn (2013) erhielten wir diese Empfehlung, die den Titel trug „Brücken schlagen“. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden seitdem die „Brückenbauer“ genannt.

Ihre Empfehlung beruhte auf der Methode der Soziokratie und führte das Streben nach „Konsent“ in Diskussionen ein. Die Vorgehensweise, dass man bei einem Meinungsunterschied nach den zugrunde liegenden Argumenten und Interessen sucht, brauche ich in diesem Kreise nicht zu erläutern. In

unserer politischen Kultur führte dies zu einem entscheidend andersartigen Gespräch über heikle Themen im Stadtparlament.

Die Empfehlungen der Gruppe der Brückenbauer bildeten dann einen Tagesordnungspunkt in einer Sitzung des Parlaments, wobei wir soziokratisch über die Vorschläge gesprochen haben – betreut wurden wir dabei von jemandem aus dem Soziokratie-Zentrum der Niederlande.

Dort sprachen sie von einer Weltpremiere: „eine außergewöhnliche Sitzung des Stadtparlaments nach dem Prinzip der Soziokratie.“

Wir selbst fanden ganz einfach, dass wir ein sehr gutes Gespräch darüber hatten, wie die Mitglieder der Stadtverwaltung miteinander und mit den Einwohnern umgehen sollten.

Das Stadtparlament beschloss, das Konsent-Prinzip zu unserem Beschlussfassungs-Arsenal über die Entwicklungen in der Gemeinde hinzuzufügen. Um daraus optimal etwas zu lernen, wurde zweitausenddreizehn (2013) ein Pilotprojekt eingerichtet, in dem unsere Gemeinde mit allen Beteiligten soziokratisch an einem gesellschaftlichen Projekt arbeiten sollte. Wir entschieden uns für die Wiederbelebung der sozialen Funktion des Nachbarschaftszentrums und Kulturzentrums „De Binder“ im Dorf Leersum.

Dann kamen die Kommunalwahlen:

Zweitausendvierzehn (2014) gab es wieder Kommunalwahlen. Da die politischen Parteien überwiegend positiv auf die Arbeit der Brückenbauer reagiert hatten, wagten sie es, vor den Wahlen in Bezug auf alle Parteien, die sich an diesen Wahlen beteiligten, eine Initiative zu ergreifen.

Alle Parteien, die zweitausendvierzehn (2014) ins Stadtparlament gewählt wurden, saßen um den Tisch, um über das Programm für die nächsten vier Jahre zu sprechen. Daraus entstand ein Plan mit Vereinbarungen, mit dem alle Parteien einverstanden waren. Der Plan wurde mit Konsent angenommen. Wenn nötig, konnten die Parteien, die Beigeordnete stellen würden, noch ergänzende Vereinbarungen treffen. Wir hatten aber eine schöne Grundlage, auf der wir uns gemeinsam an die Arbeit machen konnten.

So entstand ein Stadtparlaments-Programm, das als Grundlage für die Arbeit des neuen Stadtrats ausreichte. Dazu waren keine ergänzenden Vereinbarungen erforderlich. Alle Fraktionen im Stadtparlament waren an der Entscheidung über die Frage beteiligt, welche Fraktionen im Stadtparlament einen Beigeordneten vorschlagen sollten.

Durch das Stadtparlaments-Programm konnten wir viele Diskussionen über Details oder über kleine Meinungsunterschiede hinter uns lassen. Auch nach dem Stadtparlaments-Programm wurde in unserem Stadtparlament noch immer diskutiert; manchmal können sich die Fraktionen des Stadtparlaments nicht einigen. Wir haben gelernt, dass das Streben nach Konsent ideologische Unterschiede oder einen Interessenkonflikt nicht immer löst.

Durch das gute Verhältnis untereinander führt das nicht zu Problemen. Manchmal bedeutet es, dass eine Fraktion im Stadtparlament gegen einen Vorschlag stimmt, der im Stadtrat von einem Beigeordneten derselben Partei vorbereitet wurde.

Wir haben in die Bearbeitung der Vorschläge des Stadtparlaments drei Schritte eingebaut. Eine bekannte Dreierreihe ist auch in der Soziokratie: die Bildformung, die Meinungsbildung und danach erst die Beschlussfassung.

In der Organisation des Stadtparlaments haben wir mehr Möglichkeiten geschaffen, mit den Fraktionen gemeinsam die Meinungen von Einwohnern und Organisationen anzuhören. Auch die Sachbearbeiter aus unserer eigenen Beamten-Organisation können an diesem Austausch teilnehmen. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen in der Behördenpraxis funktioniert, in den Niederlanden ist es auf alle Fälle absolut nicht üblich, dass Beamte als Sachverständige so deutlich auf dem Podium stehen.

Auch Einwohner, Unternehmer und Organisationen haben wir dann gern mit am Tisch. Lieber nicht mit einer Darlegung, sondern um ein echtes Gespräch mit den anderen Beteiligten zu führen.

Nach der Bildformung machen wir eine Pause von ein bis zwei Wochen. Erst danach kommen wir dann zu einer Diskussion zwischen den Fraktionen. Dadurch wissen die Fraktionen schon vorher, dass sie bei der Bildformung zuhören können, ohne dass dies durch einen bereits eingenommenen Standpunkt beeinträchtigt wird.

In den Diskussionen im Stadtparlament sahen wir ab zweitausendvierzehn (2014) auch eine deutliche Veränderung. Es wurde immer öfter noch weiter über den Inhalt eines Beschlusses gesprochen, auch wenn es eigentlich bereits eine Mehrheit für den Vorschlag gab. Was müssten wir noch an dem Vorschlag ändern, damit auch die anderen Fraktionen etwas damit anfangen könnten?

Das betraf aber nicht nur das Stadtparlament:

Diese Veränderungen im Stadtparlament wurden gleichzeitig mit einer anderen Art der Zusammenarbeit zwischen Stadtrat, Stadtparlament, Organisation und Einwohnern durchgeführt. Wir konzentrieren uns jetzt weniger auf die Frage, wer denn wofür zuständig ist, sondern mehr auf die Frage, welchen Beitrag jeder Einzelne zu den guten Beschlüssen der Gemeinde beitragen kann. Allgemein gesagt, haben wir aufgeschrieben, welche Wertbeifügung jede Person zu einem vernünftigen Beschluss beigetragen hat.

Um das gute Gespräch darüber zu führen, haben wir etwa fünfzehn (15) Botschafter angestellt: Einwohner, Beamte, Mitglieder des Stadtparlaments und Beigeordnete. Sie helfen aufgefordert und unaufgefordert, das Gespräch zu ermöglichen: über die Rollenverteilung, vernünftige Kommunikation und Nachdenken über Prozesse, die nicht völlig wunschgemäß verlaufen sind.

Bei der Vorbereitung von Beschlüssen in der Gemeinde versuchen wir, unsere Einwohner auf gute Weise einzubeziehen. Wenn jemand ein Vorhaben in Bezug auf den Raumordnungsplan hat, möchten wir, dass der Initiator seine Pläne gemeinsam mit den Anwohnern und anderen Beteiligten entwickelt. Wir haben eine Strategie für Mitbestimmung und Partizipation, in der wir nicht vorschreiben, nach welchem Verfahren vorzugehen ist. Stattdessen stellen wir das Thema in den Mittelpunkt und wählen dann die passende Art und Weise für die Einbeziehung der Einwohner.

Nun komme ich zu unseren Erfahrungen nach zweitausendvierzehn (2014):

Wir sind sehr froh über das, was uns das Denken nach dem Konsent-Prinzip gebracht hat. Es hat uns geholfen, miteinander zu teilen, dass wir gemeinsam die Gemeinde verwalten, und dass wir wissen, dass wir uns dazu gegenseitig brauchen.

Bei unseren Bemühungen, Soziokratie und Konsent in der öffentlichen Verwaltung anzuwenden, sind wir aber auch auf starke Beschränkungen gestoßen.

- Politische Unterstützung.

Damit das Streben nach Konsent funktioniert, müssen alle daran mitwirken. Soziokratisches Arbeiten und Konsent sind eine Vereinbarung, sie können kein Diktat sein.

In der politischen und behördlichen Umgebung, in der wir arbeiten, gibt es viele Gründe, einfach Power-Play zu machen. Wenn die Basis gern sichtbare Politiker möchte, die für ein Ideal stehen und bei den nächsten Wahlen Ergebnisse vorzeigen können, dann sucht man lieber eine kleine Mehrheit und nicht viele Konzessionen. Diese Denkweise geht nicht von Konsent aus, sondern von einem Kompromiss, für den man dann vor allem bei einigen Dingen nachgeben musste.

In einer Demokratie müssen die Parteien auch zeigen, wodurch sie sich unterscheiden. Bei den nächsten Wahlen muss man etwas wählen können. Die Debatte im Stadtparlament darf durchaus über zugrunde liegende Erwägungen gehen und Konsent anstreben, aber es ist logisch, dass eine Partei mit sechs Sitzen etwas mehr von ihren Punkten sehen möchte als eine Partei mit zwei Sitzen.

Wir merken auch, dass zweitausendachtzehn (2018) eine Übermittlung der Bedeutung und der Wertbeifügung der Arbeit mit Konsent fehlte. Viele der neuen Menschen in unserem Stadtparlament sind offen für eine Politik, die weniger auf Macht und Kampf beruht. Das Stadtparlament möchte gern die soziokratische Methode kennenlernen und die Vorgehensweise in der Stadt erneuern.

- Nicht alle wollen mitmachen.

Auch außerhalb der Politik kann es Parteien geben, die sich nicht beteiligen. Ein Grundbesitzer kann mit seinem Besitz einen eigenen Plan haben – und keinen Bedarf an Einmischung von außen.

Es ist auch die Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, Vorschriften und Anforderungen aufzustellen, die viele Menschen nicht unbedingt wollen. Wenn ein neues Bauvorhaben an einem neuen Standort entwickelt wird, will der Initiator daran gut verdienen und die Nachbarschaft will keinen Ärger und bitte freie Aussicht auf die Wiesen.

Wohin kommt dann das Therapiezentrum für Drogenabhängige?

Wo bauen wir dann eine Wohnanlage für Senioren?

- Nicht alle machen mit.

Wir beziehen unsere Einwohner gern ein. Die Einwohner sind aber keine einheitliche Gruppe oder eine bestimmte Art von Menschen. Einwohner gibt es in vielen Arten und Größen. Wenn wir mit einer Gruppe von Einwohnern sprechen, führt das meistens zu einem guten Gespräch und einem faszinierenden Abend. Vielleicht ziehen wir sogar eine Schlussfolgerung und sind uns sogar einig. Aber einen Tag später kann man in derselben Gegend mit der gleichen Frage in demselben Saal, aber mit anderen Menschen, doch wieder zu einer ganz anderen Schlussfolgerung kommen.

- Nicht alle können mitmachen.

Das soziokratische Gespräch ist ein kompliziertes Gespräch. Es kostet Zeit und es verlangt von Menschen, dass sie ihren eigenen Standpunkt auf ganz offene Weise betrachten.

Nicht jeder hat diese Zeit und nicht jeder verfügt über die sozialen und intellektuellen Kompetenzen, um ein Gespräch auf diese Weise zu führen.

Und nicht jedes Interesse kann in einem soziokratischen Gespräch in der Nachbarschaft vertreten werden. Wenn wir über ein neues Wohngebiet sprechen: Wer vertritt dann die jungen Leute, die in fünf Jahren eine Wohnung brauchen?

Abschließend gehe ich gern noch auf die aktuelle Sachlage ein:

Zweitausendachtzehn (2018) haben die Fraktionen unseres Stadtparlaments wieder allesamt Konsent zum Stadtparlaments-Programm gegeben. Auch zweitausendachtzehn (2018) haben alle Fraktionen sich an der Beschlussfassung darüber beteiligt, welche Fraktionen einen Beigeordneten vorschlagen durften.

Das zweitausendachtzehn (2018) angetretene Stadtparlament ist auf der Suche nach Wissen darüber, wie Begriffe wie Soziokratie und Konsent in unsere Arbeitsweise eingebettet werden können. Soziokratie ist in unserer Stadt kein Selbstzweck. Wir nehmen die Begriffe und Methoden, die zu den Wünschen passen. Und zwar abhängig vom Projekt, von den Teilnehmern und den Umständen.

So wie wir es machen, passt es zu uns.

In der Gemeinde Utrechtse Heuvelrug arbeite ich an guten Verhältnissen in der Politik und darüber hinaus. Ich empfehle auch Ihnen, in einem politischen Umfeld das zu tun, was in dem Augenblick zu Ihren politischen Parteien, Ihren Einwohnern und der Organisation passt. Wenn Sie jedoch die Soziokratie als Ziel ansetzen, wird sie zum Gegenstand der politischen Debatte und verliert ihre Kraft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!